

V0893/21

**Parken für Anwohner in den städtischen Tiefgaragen der Altstadt günstiger und alltagstauglicher gestalten**

**-Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.09.2021-**

**Stadtrat vom 24.02.2022**

*Der Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN V0893/21 und der Antrag der Verwaltung V0056/22 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Oberbürgermeister Dr. Scharpf informiert, dass dies bereits im Planungsausschuss behandelt worden sei. Zur Formulierung des Antragstextes merkt er an, dass im Bezug auf die Gebühren für Bewohnerparkausweise, sobald dies rechtlich möglich sei, die Verwaltung eine Anhebung vornehmen werde. Er stellt klar, dass die Entscheidungsbefugnis dem Stadtrat obliege. Eine Erhöhung von 200 Euro sei für Oberbürgermeister Dr. Scharpf zu viel.

Stadtrat Wittmann zeigt sich erfreut über die Klarstellung, dass die Entscheidung dem Stadtrat obliege. Der Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei interessant und diskussionswürdig. Bei Betrachtung der fünf Antragspunkte beinhalten diese durchaus Forderungen, welche zustimmungswürdig seien. Alleine die Zielsetzung missfalle der CSU-Stadtratsfraktion. Neu sei allerdings, dass die Länder die Gebührensätze für Anwohnerparkplätze bestimmen. Auch eine Übertragung an die Kommune sei möglich. Hinsichtlich der Unterschiede bei den Kommunen hoffe Stadtrat Wittmann, dass der Freistaat Bayern hier die Entscheidungsbefugnis hinsichtlich der Höhe der Gebühren für die Anwohnerparkplätze den Kommunen ausspreche. Da es ohnehin schon zu wenig Parkplätze in der Innenstadt gebe, spricht sich seine Fraktion gegen das Wegfallen von Anwohnerparkplätzen aus. Die Frage warum die Tiefgaragen nachts zum Großteil leer seien, könne aufgrund der hohen Kosten beantwortet werden. Da nicht jede Wohnung fußläufig in der Nähe eine Tiefgarage sei, sei dies nicht förderlich. Vor allem im Winter sei dies für eine Mutter eine Zumutung mit ihren Kindern nachts durch die dunkle Stadt bis zur Wohnungstüre zu laufen. So etwas dürfe nicht gefördert werden und vor allem keine Gebührenerhöhung um 600 Prozent erfolgen. Weiter verweist Stadtrat Wittmann auf einen Vorschlag des Städtetags, welcher keine Bindung habe und sich eher für zu wenige Parkplätze ausspreche. Stadtrat Wittmann prognostiziert, dass in Zukunft genauso viele oder gar mehr Autos in der Innenstadt seien als derzeit. Diese fahren dann zwar elektrisch, brauchen aber auch einen Parkplatz. Deswegen sollte man in die Überlegung mit der Elektrifizierung mit den Ladestationen durchaus auch die Anwohnerparkplätze mit einbeziehen. Denn die Anwohner wollen ihr Fahrzeug möglichst nahe der Wohnung laden. Grundsätzlich spricht sich die CSU-Stadtratsfraktion gegen die Gebührenerhöhung aus. Die Anwohnerparkplätze sollen in der bestehenden Anzahl beibehalten werden. Im Hinblick auf die explodierenden Gas- und Ölpreise, dürfen nicht auch noch die Parkgebühren erhöht werden. Stadtrat Wittmann bittet dies mit Augenmaß zu betrachten. Er spricht sich für die Förderung der Mobilität mit Fahrrädern in der Innenstadt aus. Stadtrat Wittmann merkt an, dass Ingolstadt eine Autostadt sei.

Stadträtin Leininger weist darauf hin, dass der Antrag nicht eine Erhöhung des Anwohnerparkens mit einem Ausweis fordere, sondern dass diese Vereinbarung demnächst fallen werde, wenn die Länder, dies an die Kommunen übertragen. Die Kommune müsse in Zukunft selbst in der Lage sein, dies zu gestalten. Wie die Gestaltung erfolge, sei in ihrem

Antrag nicht aufgeführt. Insofern sei die Argumentation von Stadtrat Wittmann danebengegangen. Weiter geht sie darauf ein, dass eine Mutter ganz froh sei, wenn sie das Auto nicht enteisen müsse, wenn es in der Tiefgarage stehe. Sie verweist auf die seitens der IFG dargelegten Zahlen zu Punkt eins des Antrags. Die Tiefgaragen in der Innenstadt seien häufig nicht ausgelastet und über viele Stunden des Tages nur zur Hälfte belegt. Hierbei verweist Stadträtin Leininger besonders auf die schlechten Auslastungszahlen der Tiefgarage am Schloss. Es bestehe eine Parkproblematik in der Stadt, egal ob Ingolstadt eine Autostadt sei oder nicht. Die Leute suchen Parkplätze im öffentlichen Raum, mit dem man eigentlich was anderes anfangen könnte, als ihm für ein Auto für den ruhenden Verkehr vorzuhalten. Ingolstadt habe Tiefgaragen, die rund 50 Prozent nicht ausgelastet seien. Höchstens in den Spitzenzeiten erreichen diese 75 Prozent. Die Idee des Antrags sei, wie der vorhandene Platz genutzt werden könne. Es solle ganz klar zwischen Gästen der Stadt und Anwohnern unterschieden werden. Insofern sollen Überlegungen getroffen werden, wie man den Anwohnern alltagstaugliche und günstige Tarife zur Verfügung stellen könne, im Gegensatz zu den Besuchern, die nur stundenweise in der Stadt seien. Dies sei ihres Erachtens eine Überlegung wert. Hinsichtlich dessen sei Stadträtin Leininger nicht zufrieden mit der Erledigung des Antrags. Sie bemängelt, dass es zu Punkt zwei nicht geschafft werde, eine Modellrechnung aufzuzeigen, wie sich eine bessere Auslastung auf ein Preisgefüge und auf die Gestaltung des Preises auswirken könne. Im Hinblick auf den technischen Stand sei dies enttäuschend. Aber vielleicht nehme dies einen längeren Zeitraum in Anspruch. Das einzige Angebot, was sich für die Anwohner ergeben habe, sei ein Nachttarif den man in Erwägung ziehen könne. Um die Tiefgaragen wirtschaftlicher zu bekommen, könnten variable Tarife oder Zeitkonten angeboten werden. Es stehe außer Frage, dass die Tiefgarage in der Herstellung und in der Sanierung teuer seien, aber am teuersten seien die Leerstände. Insofern bittet sie um Bearbeitung des Antrags und Einbringung von Vorschlägen.

Das Thema Parken habe viele Dimensionen, so Stadtrat Witty. Die erste Frage sei, wie viele Parkplätze in den IFG Parkeinrichtungen vorhanden seien und wie eine bessere Auslastung erzielt werden könne. Die zweite Frage sei, wann die Kommunen über die Parkgebühren selbständig entscheiden dürfen. Erst nach Klärung dieser Fragen könne in die Diskussion eingestiegen werden. Auch bedürfe es einer Klärung, wie mit den Anwohnern und Gästen verfahren werde und in welchem Verhältnis die ÖPNV-Gebühren zu den Parkgebühren behandelt werden. Weiter verweist Stadtrat Witty auf die Beschlussfassung des Planungsausschusses, dass im Jahr 2023 die Schleifmühle temporär verkehrsberuhigt aufgewertet werde. Dies bedeute, dass im Umkehrschluss alle Parkplätze wegfallen. Er regt an, dieses Beispiel für die Überlegungen zu verwenden, um für die Anwohner, die mit ihrem PKW ausweichen müssen, eine zufriedenstellende Lösung zu erarbeiten. Weiter sollen hieraus Erkenntnisse gezogen werden. Dann können Überlegungen getroffen werden, wie es mit den Kurzzeitparkplätzen in der Altstadt weitergehe.

Frau Preßlein-Lehle informiert, dass heute bei der Regierung von Oberbayern eine Nachfrage stattgefunden habe, wann die neue Gebührenordnung zu erwarten sei. Dies sei aber im Moment noch nicht absehbar. Anlehnend an die Ausführungen von Stadtrat Witty stellt sie klar, dass es nicht vorgesehen sei, am Schleifmühlplatz dauerhaft die Stellplätze zu entfernen. Hier sei eine zweiwöchige Sperrung geplant.

An Stadtrat Wittmann gewandt merkt Stadtrat Pauling an, dass dieser immer erzähle, dass die Kommunen Geld sparen müssen. Hierzu seien gerade Alternativen genannt worden. Klar sei, dass es nichts umsonst gebe, aber es müsse eine Priorisierung getroffen werden. In der jetzigen Situation seien die Klimaziele vom Grundgesetz bestätigt worden. Es sei auch klar, dass dies gesellschaftsfördernd subventioniert werden sollte. Fraglich sei, was mit den Dingen ist, wo die Kommune und die Gesellschaft Kosten verursachen. Diese Parkplätze verursachen Kosten, aber an sich seien diese quasi umsonst. Es gehe hier um einen individualisierten Verkehr, der dem Klima schade und dies so bepreist werde, dass die Alternativen auch finanziert werden könnten. Weiter verweist er auf einen Antrag seiner Stadtratsgruppe. Dieses Thema müsse sozial und gerecht geregelt werden. Stadtrat Pauling

verstehe nicht, warum jemand mit einem großen Auto, genau das gleiche beim Parken bezahle, als ein Elektromart. Insofern gebe es keinen Anreiz für den Kauf eines kleinen Autos. Zu bemängeln sei auch, dass der Individualverkehr höher als der ÖPNV subventioniert werde. Für Stadtrat Pauling sei es wichtig dies auf eine Datenbasis zu stellen und einen Plan zu entwickeln. Eine Politik mit Rückgrat sei, den Individualverkehr runterzuschrauben.

In Anbetracht der Frage, was mit der Altstadt passieren solle, sei der Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier wichtig, so Stadtrat Köstler. Die Meinung der ödp-Stadtratsgruppe sei, dass die Altstadt viel zu wertvoll ist, um diese für Parkplätze zu missbrauchen. Er hoffe, dass die Schleifmühle ein gutes Beispiel dafür sei, dass man dort was anderes machen könne, als ein Auto abzustellen. Weiter verweist er auf die Bewohner der Altstadt die täglich überlegen, wo sie ihr Auto hinstellen. Insofern sei es wichtig, die Bürger der Altstadt, in einem solchen Prozess mitzunehmen und mit ihnen auszuhandeln, wie viel sie für eine vernünftige Lösung zahlen würden. Sein Ziel sei „Fahrrad rein und Auto raus“ aus der Innenstadt.

Die Aussage von Stadtrat Wittmann könne Stadtrat Dr. Spaeth nicht stehen lassen. Das Auto stehe 23 Stunden am Tag an einem Platz und nehme 50 Prozent des öffentlichen Raumes ein. Die Frage sei, ob dies noch so gewollt ist. Anlehnend an das Beispiel, können Kinder erstaunlich gut laufen und die Bewegung würde vielen gut tun. Auch müsse ans Klima gedacht werden, denn die Autos heizen die Stadt auf. Im Hinblick auf den Radverkehr verweist er auf Einbahnstraßen welche hierfür in beiden Richtungen offen seien. Insofern werde dies nicht ohne Parkplatzverlust funktionieren.

Stadtrat Schäuble merkt an, dass hier zu einer Kenntnisnahme diskutiert werde. Er stellt den Änderungsantrag, die IFG zu beauftragen mit einem Versuch, anhand der geringen Anzahl von Parkplätzen einen Nachtтарif einzurichten. Dies solle als zusätzliches Angebot zum bestehenden betrachtet werden. Danach könne geprüft werden, ob dies angenommen werde. Wenn ja, dann sei dies ein attraktives Angebot für die Anwohner.

Stadträtin Leininger zeigt sich an Stadtrat Schäuble gewandt erfreut zu diesem Brückenbau. Mit so einem kleinen Angebot, werden die Leute aber nicht angesprochen. Wenn etwas bewirkt werden solle, brauche es ein flexibleres Angebot, welches auf die verschiedensten Lebensumstände der Leute in der Altstadt modelliert sei. Dabei verweist sie auf den Antrag ihrer Fraktion. Ein Zeitkonto mit einer Unterscheidung zwischen Bewohnern und Gästen der Stadt, sei sinnvoll. All dies müsse für einen attraktiven Strauß von Angeboten in Betracht gezogen werden. Erst dann werde sich etwas ändern. Stadträtin Leininger plädiert dafür diese Beschlussvorlage nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern regt eine Nacharbeitung an.

Es bedürfe einer unbürokratischen Lösung, die kein Verbot, sondern ein attraktives Programm für die Bewohner der Altstadt sei. Dabei verweist Stadtrat Wöhrl auf die freien Stellplätze in der Tiefgarage zu bestimmten Zeiten. Hier ein Angebot zu starten, könne seitens der IFG eine schnelle Umsetzung finden.

Stadtrat Schlagbauer verweist auf einen Antrag seiner Fraktion. Hier solle ein attraktives Angebot für die Anwohner der Innenstadt geschaffen werden. Es solle ein Testfeld gestartet und die Reaktionen der Bürger abgewartet werden. Falsch sei mit Druck und Verbot hier voranzugehen. Wenn die IFG nachts Parkraum zur Verfügung habe, dann solle die Chance genutzt werden. Dies bringe mehr Auslastung und sei sowohl für die Anwohner, als auch für die Stadtkasse ein Gewinn. Bei Stadtrat Wittmann bedankt sich Stadtrat Schlagbauer für die klaren Worte, und er könne dem nur zustimmen. Er finde es oft sträflich, wie in dieser Autostadt mit dem Auto umgegangen werde. Es werde von der Entwicklung der Innenstadt gesprochen, aber dann die Parkplätze rausgenommen. Auch stehe außer Frage, dass E-Autos dort tanken wollen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll merkt an, dass dies dem IFG Verwaltungsrat nochmals beraten werden solle, und diese könne dann ein attraktives Gesamtpaket für die Anwohner, einschließlich des Themas Nachttarif, schnüren.

Nach Worten von Stadträtin Leininger gehe dies über die Nachtpauschale hinaus und sie wünscht eine weitere Evaluierung.

Stadtrat Wittmann bittet hier um Abstimmung.

Stadtrat Achhammer fragt nach, ob der Beschluss des Planungsausschusses aufgehoben werden müsse.

Nach Worten von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ist zugesagt, dass der Stadtrat in die Beschlussfassung mit eingespeist werde.

Stadträtin Leininger habe davon gesprochen, einen Strauß von Tarifoptionen anzubieten. Hinsichtlich dessen weist Stadtrat Dr. Meyer darauf hin, dass gerade im ÖPNV bei dessen Weiterentwicklung eine ganz andere Richtung gegangen werde. Das Tarifsysteem solle nicht so komplex gemacht werden, sondern die Entwicklung gehe dahin, für den Kunden eine Tarifstruktur zu vereinfachen. Damit diese absolut verständlich sei. Insofern regt er an, dass Herr Dr. Frank gemeinsam mit der IFG diese Erkenntnis bei den Nutzern und die Anwendungsfreundlichkeit bei der Tarifentwicklung einfließen lasse. Dies solle für die Parkplatznutzer so ausgestaltet werden, damit diese möglichst viele Anreize für den günstigsten und besten Tarif haben. Dies sei im Sinne einer möglichst guten Auslastung der Tiefgaragen.

Kompliziert und undurchschaubar solle das System nicht sein, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Fazit sei, dass die IFG beauftragt werde, ein sinnvolles und nutzerfreundliches Anwohnerparken zu ermöglichen.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.